

Auf dem Weg in die Rentner-Republik

24.09.2017 | [Manfred Gburek](#)

Vor der Bundestagswahl haben alle Parteien in erster Linie Parolen von sich gegeben; danach gilt es, Realpolitik zu betreiben. Das gilt unabhängig vom Wahlausgang. Die Finanzen und besonders die Steuern werden schneller als allgemein erwartet in den Vordergrund rücken. Grund genug, den Blick nach vorn zu richten und an dem einen oder anderen Tabu zu rütteln.

Da wäre zunächst der unersättliche Staat: Zuletzt hat der Bund eine 30-jährige Anleihe mit einem Kupon von 1,5 Prozent und nur 1,7 Prozent Rendite aufgelegt. So etwas gab es noch nie, seit die Bundesrepublik existiert. Nebenbei bemerkt: Der österreichische Staat hat es fast zur selben Zeit sogar fertiggebracht, eine 100-jährige Anleihe mit 2,1 Prozent Rendite zu platzieren. Grund zum Jubeln, weil man jede Staatsanleihe, die uns eine Steuererhöhung zu ersparen hilft, willkommen heißen sollte?

Von wegen! Denn wo landen Anleihen? Nicht etwa in den Depots von Multimillionären oder -milliardären, sondern vor allem in Fonds, bei Lebensversicherungen, Versorgungswerken und ähnlichen Institutionen zur Altersvorsorge. Das heißt, letzten Endes tragen die kommenden Rentner, sofern sie zu den Kunden solcher institutioneller Anleger gehören, das Kursrisiko der Anleihen, und das nicht zu knapp. Berücksichtigt man noch den Kaufkraftschwund durch Inflation, bleibt unter dem Strich kein realer Ertrag übrig.

Nun könnte man meinen, die Basis der deutschen Altersvorsorge bestehe ja aus der gesetzlichen Rente, und die sei praktisch staatlich garantiert. Könnte man, sollte man aber lieber nicht. Denn die Deutschen leben im Durchschnitt viel länger als bei der Gründung des auf Umlagen beruhenden Rentensystems im Jahr 1957, und sie bekommen weniger Kinder als damals.

Umlagen, das bedeutet: Die Arbeitnehmer von heute zahlen nicht für ihre eigene Altersvorsorge in die Rentenkasse ein, sondern für die der Rentner. Oder um dies anhand eines Zahlenvergleichs zu veranschaulichen: In den 50-er und zum Teil noch in den 60-er Jahren bezogen Rentner im Durchschnitt zehn Jahre lang Rente, bevor sie starben; bis heute sind daraus 20 Jahre geworden - mit dramatisch steigender Tendenz.

Das alles schreit zwar zum Himmel und nach einer durchgreifenden Reform, aber stattdessen hat bislang jede Bundesregierung diesbezüglich nur Stückwerk abgeliefert. Zuletzt besonders schlimm, jedenfalls aus Sicht der meisten rechtschaffenen Bundesbürger: die Rente mit 63, ein vorgezogenes Wahlgeschenk. Die Folgen solchen Gewürges sind absehbar: Steuerzahler müssen zusätzlich ran. Dann ist Hauen und Stechen angesagt.

Zumindest so viel steht fest: Da alle Politiker an der Macht hängen und wiedergewählt werden möchten, wird es zu keiner durchgreifenden, mit größeren finanziellen Opfern für Rentner verbundenen Reform des Rentensystems kommen können, sondern nur zu Stückwerken mit vielen Ausnahmen. Eines steht jedenfalls schon jetzt fest: Das riesige Wählerpotenzial der Rentner wird sich kein Politiker verscherzen wollen. Folglich ist damit zu rechnen, dass neben dem vielen Geld aus der Platzierung von Anleihen auch immer mehr Steuergeld in die Rentenkasse fließen dürfte.

Aber woher nehmen? Da Steuererhöhungen unpopulär sind, wird es sie nur dort geben, wo sie Minderheiten betreffen. Das heißt, die kommende Koalition - egal, wie sie sich zusammensetzt - dürfte einen Angriff auf Kapitalanleger, Erben und Vermieter starten. Die Ausgestaltung im Detail wird von der Zusammensetzung der Koalition abhängen. Von Fall zu Fall ist Murks zu erwarten, sei es bei der Reform der Abgeltungsteuer, die im Mittelpunkt ideologischer Debatten steht, sei es bei der Mietpreisbremse, deren wortreiche Diskussion nicht minder ideologisch aufgeheizt ist.

Nun folgt ein erweiterter Abstecher in die Welt der Anleihen, weil sie neben den Steuern das Grundgerüst der Staatsfinanzierung bilden und weil man von ihrer Entwicklung viel lernen kann. Die eingangs erwähnte 30-jährige Bundesanleihe mit dem Kupon von lediglich 1,5 Prozent sollte uns allen über die genannten Probleme hinaus zu denken geben.

Und zwar aufgrund dieser Überlegung: Ihre de facto reale Nullrendite verleitet bestimmt unzählige Manager von Fonds, Versorgungswerken u.a. dazu, in Anleihen mit höheren Kupons zu investieren und damit mehr Risiken einzugehen. Denn je höher der Kupon, desto mehr ist damit zu rechnen, dass Anleihen bereits vor

ihrer Tilgung notleidend und im schlimmsten Fall sogar wertlos werden. Dabei kann es sich sowohl um Anleihen maroder Staaten als auch um Unternehmensanleihen handeln.

Eine Besonderheit sind Anleihen der Euroländer, weil vor allem sie der EZB als Instrumente der Geldpolitik dienen, weil einige von ihnen eine interessante Geschichte haben und weil sie deshalb ein paar kritische Bemerkungen wert sind. Zum Beispiel rentierten irische, portugiesische und sogar griechische Staatsanleihen von 2002 bis 2007 etwa so niedrig wie deutsche Bundesanleihen.

Während dieser Zeit gab es also so gut wie keinen Spread, wie in der Finanzsprache Renditeunterschiede genannt werden. Doch beginnend Anfang 2008, schossen die Spreads dramatisch in die Höhe und erreichten Anfang 2012 ihre Spitzenwerte. Danach schrumpften sie, jedoch unterschiedlich: die der irischen Anleihen fast ganz, die der portugiesischen und griechischen viel weniger.

Die ganze hier beschriebene Entwicklung legt das Fazit nahe, dass man nicht allen Euroländern trauen kann, auch wenn die Renditen ihrer Anleihen von Zeit zu Zeit lukrativ erscheinen. Denn bei niedrigen Spreads sind die Renditen, verglichen mit denen der Bundesanleihen, kaum interessant, während hohe Spreads mit Kursverlusten der Anleihen dahergehen. Und wenn, wie in den vergangenen Tagen geschehen, alle großen Ratingagenturen auf einmal die Bonität Portugals hochstufen, sollte dies nicht unbedingt ein Anreiz sein, portugiesische Staatsanleihen zu kaufen.

Halten wir fest: Das deutsche Rentensystem dient den Politikern primär dazu, bei Rentnern mit immer neueren Versprechen auf Stimmenfang zu gehen. Es wird zunehmend aus Steuergeldern und Anleihen finanziert, weil das Umlagesystem nicht mehr funktionieren kann. Ergänzende private Institutionen, die vorgeben, der Altersvorsorge zu dienen, beschränken sich im Wesentlichen auf Anleihen mit lächerlich geringen Renditen.

Das Ausweichen auf ein wenig höher rentierliche Anleihen mit extrem langen Laufzeiten birgt die Gefahr von zwischenzeitlichen Kursverlusten, das Ausweichen auf Anleihen mit niedriger Bonität ebenfalls und darüber hinaus sogar die Gefahr von Totalverlusten.

Was kann man als potenzieller Rentner tun, um den Gefahren zu entrinnen? Grundsätzlich: Sich so viel Freiheit wie möglich erkämpfen. Das bedeutet: Zwar die gesetzliche Rente mitnehmen, weil sie quasi eine Staatsgarantie beinhaltet, aber darüber hinaus individuell vorsorgen.

Womit wir wieder beim hier schon häufiger geäußerten Rat wären: Je ein Viertel auf dem Tagesgeldkonto belassen, ein Viertel in Aktien, ein Viertel in Gold und Silber und ein Viertel in Immobilien anlegen. So viel zur Struktur. Doch weil es auch auf das richtige Timing ankommt, sind aktuell besonders bei Aktien mit hoch stehenden Kursen und bei Immobilien mit überhöhten Preisen Abstriche zu machen. Dafür sind Gold und Silber preiswert zu haben. Verfolgen Sie in allen Fällen die weitere Entwicklung und über Sie sich in Geduld.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Neu bei gburek.eu: Fondsdschungel und Volksbeglückung

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/347662--Auf-dem-Weg-in-die-Rentner-Republik.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinen](#).